

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

212 (18.9.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jeberzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. V.: Franz Wahl; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.</p>

K. Zentrum und Defizitwirtschaft.

Angesichts der am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Steuern sind die gegnerischen Blätter auf eine neue Bemerkung, dem Zentrum nachzusagen, daß es an den neuen Steuern schuldig sei; aber sie verschweigen dabei, daß gerade der Blod durch sein fettes Saugen die Unordnung geschaffen hat und daß das Zentrum im Interesse des Reiches für Ordnung sorgen mußte. Ein liberales Blatt und der Reichstagsabgeordnete Wed haben dieser Tage wieder behauptet, daß die lex Frankenstein die Ursache unserer heutigen Finanznot sei und damit sei das Zentrum gleichfalls überführt. Aber das Blatt und der Abgeordnete Wed haben durch diese Behauptung nur ihre eigene Unwissenheit festgelegt.

Die vielgenannte lex Frankenstein bestimmt nämlich, daß die über den Betrag von 150 Mill. M. jährlich hinausgehenden Einnahmen nicht in die Reichskasse zu fließen haben, sondern den Bundesstaaten überwiesen werden; daher der Name Ueberweisungsteuer. Zu dieser Einnahme traten dann als Ueberweisungsteuer der Wärfen- und Zertifikatssteuer (1881) und die Brauntweierbrauabgabe (1887). Diese Regel bestand bis 1904; dann wurde unter Mitwirkung des Zentrums die gesamte Einnahme als reichseigene Einnahme festgesetzt, als Ueberweisungsteuer wurden die gesamten Brauntweierbrauabgaben (Waldgottschidsteuer und Brauabgabe) und die gesamten Stempelabgaben bestimmt; man ging davon aus, rund 200 Mill. M. Ueberweisungsteuer und damit auch diese Summe an gedeckten Matrikularbeiträgen zu haben. Die im Jahre 1906 geschaffenen Stempelabgaben (Frachtbriefstempel, Fahrkartensteuer, Lantiensteuer und Automobilsteuer) wurden sofort als reichseigene Einnahmen erklärt. Der Zweck dieser Ueberweisungsteuer war, die neuen Reichseinnahmen „om Kriegsministerium vorbeizuführen“, d. h. Sparfamkeit im Reiche zu erzielen und das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags zu sichern. Wären diese Gelder alle immer direkt in die Reichskasse geflossen, so hätte der Reichstag jahrelang auf dem Gebiete der Einnahmehewilligung gar nichts zu sagen gehabt; man hätte ihm immer gesagt: das Geld ist da! Nun hört man oft sagen, daß die lex Frankenstein die heutige Unordnung im Reichshaushalt geschaffen hat; das ist total falsch. Seit 1900 hat die lex Frankenstein keine praktische Bedeutung mehr; sie liegt nur auf dem Papier; denn seither sind die Matrikularbeiträge höher als die Ueberweisungen. Bis zum Jahre 1900 aber waren unsere Finanzen noch in Ordnung; denn von 1895—1899 tilgte man erstmals auf Antrag des Zentrums 142 Mill. M. Reichsschulden und von 1895—1899 erhielten die Bundesstaaten vom Reiche insgesamt 58,5 Mill. M. Ueberzahlungen. Aber auch in früheren Jahren hat die lex Frankenstein nicht die Finanzen des Reiches

gefährdet; sagt doch auch Präsident von der Borcht (ehemaliger nationalliberaler Abgeordneter): „In diesen 28 Jahren (1879—1906) haben die Bundesstaaten an Ueberweisungen rund 8238 Mill. M. erhalten und an Matrikularbeiträgen rund 8004 Mill. M. geleistet. Sie haben also vom Reiche 234 Mill. M. mehr erhalten, als sie an Matrikularbeiträgen zu zahlen hatten.“ Von 1883—1892 ist den Bundesstaaten nicht weniger als 485 Mill. M. seitens des Reiches geschenkt worden. In den Jahren 1895—1898 treten dazu nochmals 58 Mill. M., es sind also insgesamt 543 Mill. M. Mark, welche die Einzelstaaten auf Grund der clausula Frankenstein seitens des Reiches erhalten haben.

Das Zentrum ist auch sonst nicht schuldig an dem Defizit. Die Finanzreform von 1879 und 1887 machte das Zentrum mit, auch stimmte es für alle Vorkosten. Wohl hat es 1893 die damalige Anleihesteuer und die Erhöhung der Tabaksteuer abgelehnt. Aber kein anderer als Eugen Richter hat in den folgenden Jahren betont, daß es mit Hilfe des Zentrums gelungen sei, dem deutschen Volke eine Mehrlast von 100 Mill. M. Mark zu ersparen. Die weitere Entwicklung von 1895—1898 hat dem Zentrum recht gegeben; denn in den Jahren 1895—1898 sind ja tatsächlich 58½ Mill. M. Ueberzahlung an die Bundesstaaten abgeführt worden. Sollte also das Zentrum im Jahre 1893 nach dem Wunsch der verbündeten Regierungen 100 Mill. M. Steuern bewilligt, so wären tatsächlich 100 Mill. M. Mark pro Jahr, macht in 5 Jahren 500 Mill. M. Mark, Steuern zu viel dem deutschen Volke auferlegt worden. Daß der Bundesrat für diese Steuern gewiß Verwendung gehabt hätte, daran zweifelt man nicht. Auch in den Jahren 1895—1898, die der Ablehnung dieser Steuerlage gefolgt sind, konnte nicht nur eine Ueberzahlung an die Bundesstaaten eintreten, sondern es konnte auch in jenen Jahren noch die erste Schuldentilgung des Reichs Platz greifen. Es sind auf Grund der lex Frankenstein 152 Mill. M. Mark Schulden getilgt worden. Also kann man nicht behaupten, daß durch die ablehnende Haltung des Zentrums in den vier Jahren irgendwo die Reichsfinanzen in Unordnung gekommen wären.

Wie war es im Jahre 1900? Der Sozialdemokrat Südekum hat mit Recht im Reichstage an jene interessante Szene erinnert, wonach Herr Graf von Bülow, Herr v. Tirpitz, v. Bismarck und auch Herr v. Miquel hier aufgetreten sind bei der Einbringung des 2. Flottengesetzes und erklärt haben: wir schwimmen förmlich im Geld, wir brauchen gar keine neuen Steuern. Damals mußten die neuen Steuern, insbesondere der Ausbau der Stempelabgaben, den verbündeten Regierungen förmlich aufgedrängt werden. Die Schaumweinsteuer, die Erhöhung des Zolls auf Wisener Bier, Frachtbriefstempel usw., das sind Steuern, die nicht auf die Initiative des Bundes-

rates zurückzuführen sind, sondern aus dem Hause heraus direkt den verbündeten Regierungen entgegengebracht werden mußten. Wie kann man da also irgendwo dem Zentrum einen Vorwurf machen? Im Gegenteil, das Zentrum hat damals schon erklärt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, die große neue Flotte zu bauen ohne jede Erhöhung der Reichseinnahmen. Die Finanzreform von 1906 ist vom Zentrum mitgemacht worden. Diese Reform hat den erhofften Ertrag nicht abgeworfen, aber das Zentrum ist nicht allein daran schuld. Immerhin bringen diese Steuern 110—120 Mill. M. Mark ein. Es ist ganz interessant, wenn man immer so auf der Fahrkarteherunter herunter, festzustellen, daß es doch indirekt gerade der preussische Finanzminister und die preussische Eisenbahnverwaltung gewesen ist, die diesen Vorstoß in der Kommission nahe gelegt haben, daß die Herren vom Bundesrat selber es gewesen sind, die gesagt haben: wenn der Fiskusstempel, der zuerst vorge schlagen war, nicht akzeptiert wird, wollen wir diesen Zuschlag annehmen. Festgestellt muß auch werden, daß gerade diese Steuerart in vollkommener Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen angenommen worden ist. Dem Zentrum kann man keinen Vorwurf machen; denn es hat immer den richtigen Grundsatzz vertreten: keine Ausgaben ohne Einnahmen! Immer wenn es ausgehandelt war, handelte man nach anderen Rezepten, die ins Geld führten. Das hat kein anderer, als der reichsparteiliche Abg. Dr. Mendt zugegeben, als er am 29. Januar 1909 bei der 2. Lesung des Flottengesetzes erklärte:

„Es ist nicht möglich, daß wir gewisse Vorlagen abhängig machen von der vorherigen Bewilligung der Mittel hierfür. Es geht sich das aus finanziellen Gründen bedenklich, so sage ich noch, wenn die Landesverteidigung in Betracht kommt, eine Vermehrung zu den schwersten Folgen führen kann. Nach dieser Richtung unterscheidet sich die gegenwärtige Situation des Reichstages (d. h. der Flotte) allerdings von der früheren. Früher war der Herr Kolde Spahn in der Lage, ein Nachwort nach dieser Richtung zu sprechen und als Führer der ausschlaggebenden Partei zu erklären, daß die Bewilligung solcher Vorlagen abhängig von der vorherigen Ordnung der Finanzen; aber ich möchte den verehrten Herrn Kollegen bitten, darüber in Erwägungen einzutreten, ob nicht vielleicht gerade diese Erwägungen hier im Reichstage mit ein der Momente waren, die in der Volksempfindung zu der Kundgebung geführt haben, welche die Wahlen vom vorigen Jahre bedeutet haben.“

Die Finanzpolitik des Zentrums hat sich in der Vergangenheit gut bewährt; sämtliche Angriffe auf diese sind unbegründet.

gestellt wurde, daß von den Liberalen diese Anregung ausgegangen ist, so wagt sich doch immer wieder die Behauptung hervor, daß dem „schwarzen Blod“ die Forderungen zuzuschreiben seien. Darum sei nochmals auf die tatsächlichen Vorgänge hingewiesen. Einer der Führer des Freisinn, der Landtagsabgeordnete und frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Sagan schrieb in Nr. 2 der von ihm herausgegebenen „Politischen Gewerbezeitung“ vom 24. Januar 1909:

„Kaffe wird im Inlande gar nicht nennenswert weiter verarbeitet. Ein Verbrauchssteuergang hätte also eventuell gar keine Arbeiterentlassung zur Folge. Der Kaffeegoll beträgt in Deutschland 40 Mk. per Doppelzentner. Die Einfuhr beträgt 1,7 bis 1,9 Millionen Doppelzentner. Der Finanzertrag von 1906 ist 74,4 Millionen Mark, von 1907 76,4 Millionen Mark. Kaffe ist neben dem Petroleum unser bedeutendster Finanzgollartikel, eine Erhöhung des Kaffeegolles brachte also zweifellos dem Reichsstaet viel Geld ein. ... Frank reich hat einen Kaffeegoll von 136 Fr., also 100 Mk., mithin mehr als das Doppelte so hoch wie Deutschland!“

Und sogar das „Berliner Tagblatt“, das gewiß ganz unverbüchlich ist, schrieb am 3. Februar 1909:

„Während früher der Preis des Kaffees zwischen 1 Mk. pro ½ Kilogramm und 60 Pfg. schwankte, bewegte sich seit 1897 die Preisliste ständig innerhalb der Grenzen von 24 und 45 Pfg. Noch im Jahre 1894 war ein Preis von 86 Pfg. zu verzeichnen. Wenn also ein Kaffegoll von 10 Pfg. pro ½ Kilogramm erhoben werden würde, so bräuhete dadurch der Kaffe noch nicht auf dem Niveau zu stehen, das er in den Jahren 1886 bis 1895 hatte.“

Und das grundsätzliche Einverständnis der national liberalen Abgeordneten mit der Erhöhung des Kaffeegolles konnte wohl nicht besser bewiesen werden, als durch den Wählerberichtsbeitrag Dr. Baasch, Fuhrmann, Sieg, Dr. Weber (Nr. 262 der Druckfah der Finanzkommission) wonach Kolonialkaffe im Gegensatz zum Hauptantrag zollfrei sein sollte.

Was die Erhöhung des Teegolles von 25 auf 100 Mark betrifft — so hoch wie der Zoll auf 100 zum 1. März 1900 war —, so darf es genügen, darauf hinzuweisen, was sich das demokratische „Berliner Tagblatt“ am 20. Juli 1909 vom Inhaber einer der größten Importgeschäfte schreiben ließ:

„Ueber den Teegoll ist nur wenig zu sagen, und das besonders nur deshalb, weil bezüglich des Tees durch die Finanzreform nur der alte Zustand, wie er bis vor zwei Jahren vorherrschte, wiederhergestellt worden ist. Damals hat man, um den Zuderkonsum zu heben, den Teegoll von 1 Mk. auf 25 Pfg. pro Kilo reduziert, und jetzt hat man, um die Einnahmen aus dem Teeeimport zu erhöhen, wieder den alten Satz von 1 Mk. festgesetzt.“

Die Liberalen haben also — die Nationalliberalen so gut wie die Freisinnigen — der Erhöhung des Kaffeegolles und Teegolles nicht nur zugestimmt, sie sind sogar als die Vater dieser Forderungen anzusehen. Der Liberalismus spottet daher seiner selbst und gibt seinen Gegnern, namentlich der Sozialdemokratie,

Kirchliche Nachrichten.

Der Papst über die Abgabe des österreichischen Katholikentages. Ein Schweizer Korrespondenzbureau meldet aus Rom: Der Papst äußerte unverhohlen seine große Betrübnis über die Verschiebung des allgemeinen österreichischen Katholikentages. Er ließ sich von einer unerschrockenen Persönlichkeit Bericht über die Ursachen dieser Verschiebung erstatten und fand es ganz unbegreiflich, daß das gemeinsame Band der katholischen Religion diesmal aus politisch-nationalen Gründen wie geschnitten sich darstellte. Er wies auf die Schweiz hin, wo in Zug Deutsche, Franzosen und Italiener gemeinsam einen Katholikentag abgehalten hätten. Die katholische Kirche ist eine Reihenerbin der Mutter sprache, sagt der Papst, sie trägt den Nationalitäten immer Rechnung, sie verlangt von ihnen aber auch, daß sie die Interessen der Kirche nicht durch nationalen Zwist gefährden. Die katholischen Interessen Österreichs würden auf Spiel gesetzt, wenn die Zersplitterung seiner katholischen Kräfte zur Freude der Gegner der Kirche eintrete.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 18. Sept. 1909.

Der Großtheater. Der Spielplan in der Ober bringt in der kommenden Woche zwei Wagnerische Werke, am Sonntag, den 19., „Die Meistersinger von Nürnberg“ und am Sonntag, den 20., „Lohengrin“. Für Dienstag, den 21., ist Gluck's „Orpheus und Eurydike“ und für Mittwoch, den 22., „Smetana's „Verkaufte Braut“ angekündigt. — Im Schauspiel wird am Donnerstag, den 23., das neuinstudierte Schauspiel „Die Räuferschule“ von Sheridan zum erstenmal wiederholt werden; die verschobene Aufführung von Freitag's „Journalisten“ ist nunmehr auf Montag, den 27. September, angelegt. Am Freitag, den 28. d. M., findet wegen notwendiger Proben keine Vorstellung statt. Die Vorbereitungen für die nächste Neuenstudierung im Schauspiel, nämlich für „Sudib“ sind in vollem Gange. — Die Aufführung wird am Samstag, den 25., stattfinden. — Von den für diese Spielzeit neu erworbenen Schau-

spielwerken werden „Gespensler“ zuerst herausgebracht werden. Von den zur Wiederaufnahme in den Opernspielplan in Aussicht genommenen Auberischen Werken wird „Der schwarze Domino“ zuerst an die Reihe kommen; mit den Proben dazu wird in der nächsten Woche begonnen werden, so daß mit der Aufführung Anfangs Oktober gerechnet werden kann.

Großtheater. Gelehrten hatten wir anstelle von Freitag's geistvollen „Journalisten“ Paul Lindau's etwas stark verblühtes, aber immerhin noch recht akzeptables Lustspiel „Ein Erfolg“. Wir haben uns über das Stück gelegentlich seiner Neuenfindung ausgesprochen, und da das Ensemble noch dasselbe ist, so können wir uns darüber kurz fassen, indem wir der Hauptfigur des Stückes, Herrn Höder, dessen „Fritz Marlow“ wirklich Lindau'schen Geist bekundet, am meisten Beifall zollen, die übrigen Personen der Handlung, von welchen wir noch Hrn. Alwine Müller, Hrn. Frauendorfer und die Herren Dapper, Raumbach und Gallego besonders nennen wollen, waren bemüht, dem Ensemble ein festes Tempo zu sichern, was ihnen auch meistens gelang. Hier trat der Mangel eines einheitlichen Stiles der Sprache weniger heraus, als in der famosen, zum alten Eisen gehörenden „Räuferschule“, wo Herr Dapper und schließlich auch noch einige andere mehr schrien als sprachen und Frau Pix den Salon-Ton vergebens anzuschlagen suchte.

Der Berliner Stil, die sogenannte neue Richtung, hat — das kann man ruhig sagen — der darstellenden Kunst und ihrer Tradition viel geschadet und zwar nicht nur beim klassischen Drama, nein, auch der richtige Konversationsstück geht immer mehr verloren. Der sogenannte natürliche Ton und die realistischen, „natürlichen“ Geberden haben ihre Absicht, „nur Wahrheit auf die Bühne zu bringen“, nicht ganz erreicht — und werden ihn auch nicht erreichen können. Der Materialismus hat sich völlig unfruchtbar erwiesen, keiner seiner Apostel, auch Gerhart Hauptmann nicht, hat ein naturalistisches Werk von Bedeutung zustande gebracht und ist es selbst, der einzige, der etwas

Deutschland.

Berlin, 18. Sept. 1909.

Donnem ist die Anregung zum Kaffeegoll ausgegangen? Es ist auch schon fest-

klaffendes auf diesem Boden geschaffen, steht einsam da und ist schon in einige Jahre gerückt.

Die neue Dichtung, die man als „eine Phase der literarischen Entwicklung“ begriffte, ist aber in Wirklichkeit ein Hindernis der Entwicklung geworden und in der Person des Goldmann in Berlin so richtig schrieb, der Sammelname für eine Reihe von Autoren geworden, die durch die Teilnahme an einer literarischen Bewegung sich Beziehungen zu Theatern schufen.“ Diese Beziehungen waren aber auch zu ziemlich das einzige Ergebnis der genannten Bewegung und hatten den Erfolg, einige mittelmäßige oder noch minderwertigere Stücke zur Aufführung zu bringen. Neue Bewegung brachte Stücke, denen vor lauter Naturalismus eine Persönlichkeit von ausgiebiger Stärke fehlte, die Autoren huldigten einem falschen Grundsatze, sie meinten, der Naturalist müsse auch naturalistischer Dichter sein. Und doch ist der Naturalismus nur eine Form der Dichtung, die der Dichter gewählt hat. Aber die Form selbst für eine Dichtung zu halten, war ein Irrtum, ein Dichter kann wohl naturalistisch schreiben, aber ein Naturalist ist noch lange kein Dichter! Zu diesem Irrtum kam noch der Umstand, daß diese neue Richtung, wie schon oben erwähnt, den Stil der Schauspieler verdrängte.

Es ist noch keine Kunst, mit den Händen in der Rock- oder Sockentasche, oder mit dem Rücken gegen die Zuschauer zu spielen, und wenn z. B. Herr Dapper recht laut zu den Zuschauern hinabschreit, Frau Pix im Salon spricht, wie die ehrbare Frau Wolff im „Liberale“, so werden beide finden, daß zur Verfertigung klassischer Dramen und seiner Konversationsstücke etwas mehr gehört als bloße Realistik des Schreierens und der gewöhnliche Berliner Straßentöne. Auch werden sie empfinden und fühlen, daß das kunstverfälschende Publikum an solchen „klassischen“ Leistungen nichts weniger als Freude hat. Dr. Goldmann sagt mit Recht, das jüngste Schlagwort heiße: „Wohlfühlen in der Kritik“. Wir sollen milde sein „gegen die Schaffenden“. Gerne, wir haben uns nach Kräften bemüht, die Person

von der Sache fernzuhalten und letztere, wenn sie auch oft „Anfang zu mehr“ geboten hätte, „milde zu behandeln“. Aber es ist auch Aufgabe der Kritik, sich darüber klar zu werden, ob sie einen Künstler, einen echten Künstler, vor sich hat oder nicht. Je mehr sie darauf bringt, das Unkünstlerische, Halbunfertige von der Bühne zu vertreiben, um so lieber und freier wird sie alles echt Künstlerische mit Wohlwollen beurteilen.

Von diesem Gesichtspunkte aus wäre es zu wünschen, daß für das seit dem Abgange der Frau Rachel-Wender noch nicht oder ungenügend besetzte Fach der älteren Anstandsdamen, der feinen Salondamen, wie z. B. die Herzogin in „Der Welt, in der man sich langweilt“, „Tante Agneta“, „Herzogin“ in „Der Geheime Agent“, eine neue possende Kraft engagiert werde. Denn daß Frau Pix eine Salon-Dame ist, wie wir sie hier brauchen, diese Ansicht teilen noch viele mit uns, die keine Freude daran haben, wenn der Berliner Straßentone im Salon eines feinen Konversationsstückes erklingt. Bekanntlich zeigt sich die Verachtung zur Einnahme eines so einflussreichen Postens, wie der einer Regie, nicht in der äußeren Ausstattung, der Höhe der Scene allein, der Regisseur ist dramatischer Erzieher, Leiter und Inspirator und er wird gut tun, beim Schauspiel, das seinem Regime untersteht, in Zukunft darauf zu achten, daß auf der Bühne weniger geschrieben wird, dafür aber in Konversationsstücken von den jüngeren, d. h. den in der letzten Zeit engagierten Schauspielerinnen und Schauspielern ein feinerer Ton, der wirklich „Konversation“ genannt werden kann, angebracht wird und gewisse Berliner Männen bei älteren Damen, in Abgang dekretiert werden.“ Auch gegen das stellenweise Herunterstapeln des Dialoges (ebenfalls eine Berliner Errungenschaft) auf Kosten des Verständnisses müßte bei der jüngeren Künstlerchaft, z. B. bei Herrn Mewes, noch strenge Front gemacht werden. Wie werden diese Betrachtungen in nächster Zeit weiter ausdehnen. v. Steden.

die besten Waffen in die Hand, wenn er die beschlossene Verbrauchs- und Konsumsteuer für eine „unerschütterliche Last“ für ein „Attentat auf Recht und Moral“ und wie alle die schönen Phrasen der liberalen Presse lauten, erklärt.

Die Reichstags-Verfassung in Koblenz-St. Goar wird in der gegenwärtigen Weise und in den Zentrumsblättern viel besprochen. Tatsache ist, daß der Zentrumskandidat rund 700 Stimmen weniger aufbrachte, als bei den Reichstagswahlen 1907. Als Gründe bei den ganz erheblichen Stimmenrückgang führt man auf Zentrumsseite an, daß die Wahl eine Erstaufwahl gewesen sei, bei der in der Regel bei weitem nicht so viele Stimmen abgegeben würden als bei einer Hauptwahl. Dann sei dem Wahlkampf auch die Spitze genommen worden, dadurch, daß sich die Liberalen überhaupt nicht an der Wahl beteiligten. Deshalb seien viele nicht zur Urne gegangen. Auch die enorme Agitation der Sozialdemokratie kam in Betracht. Wir meinen, von allen diesen Gründen ist kein einziger stichhaltig. Gerade der Umstand, daß die Erstaufwahl kurz nach Erledigung der Reichsfinanzreform stattfand, hätte Grund genug sein müssen für eine äußerst rege Wahlbeteiligung. Statt dessen wurden diesmal die Hälfte der 1907 abgegebenen Stimmen erreicht. Am 25. Januar 1907 betrug die Zahl der abgegebenen Stimmen 27.376. Am 14. September 1909 14.306 insgesamt! Auf keinen Fall zeugt das von einem politisch regen Leben im Wahlkreis Koblenz-St. Goar.

Die Nationalliberalen wagten sich gar nicht in den Wahlkampf hinein. Sie stellten überhaupt keinen Kandidaten auf, jedenfalls weil sie vorher schon bei anderen Erstaufwahlen befehrt worden waren, daß sie mit ihren „Erfolgen“ bei der Reichsfinanzreform bei Wahlen nichts anfangen können. Das hätte aber für die Zentrumsleute um so mehr Grund sein sollen zur tüchtigen Agitation. Sie hätten sich hier an den Sozialdemokraten ein Beispiel nehmen können. Allen Anschein nach geschah dies nicht. Vor allem wurden die Wähler nicht in regelmäßigen Versammlungen aufgeföhrt und zur Beteiligung an der Wahl angepörrt. Dies zu beschönigen, hat gar keinen Wert. Das Zentrum hätte besser abschneiden können, wenn es die nötige Agitation in Versammlungen entfaltet hätte.

Aber noch eines sei bemerkt: Der Liberalismus hat gar keinen Grund zu irgendwelchen Triumphgelängen. Er hätte dies bloß dann, wenn er bei der Erstaufwahl glänzend abgeschnitten hätte. Da er es aber vorzog, schon zu Hause zu bleiben und die Wahlen abzuwarten, hat er gar keinen Grund, sich jetzt über eine „Niederlage“ des Zentrums zu freuen. Sein Verbleiben von der Wahl könnte man auch, wenn man wollte, als eine schon im Voraus eingeschuldete Niederlage beuten. Uebrigens hat auch die Sozialdemokratie keinen Grund, sich ihrer Erfolge zu rühmen. Die 7000 Stimmen, die das Zentrum weniger erhielt, fielen nicht der Sozialdemokratie zu; trotz der großen Agitation auf ihrer Seite und trotz der fehlenden Abwehr von Zentrumsseite erhielt die Sozialdemokratie, die es doch sonst versteht, auch bei ausbleibenden Wahlen selbst den letzten Mann herauszuschleppen, nur ganze 672 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl. Das ist unter solchen Verhältnissen auch kein glänzender Erfolg, dessen sie sich rühmen könnte.

Rusland.

Chefrevier-Ungarn.

Im Stande der ungarischen Krise ist eine Wendung zum Besseren eingetreten. Kostlich hat keine Bedenken wegen der Lösung der Bankfrage fallen lassen und hat sich vollständig den anderen Kabinettsmitgliedern angeschlossen. Das Kabinett ist somit in der Lage, im gegenwärtigen Einkommen eine definitive Lösung der Krise durchzuführen.

England.

Zum Budgetfreiheit. Die liberalen Blätter verbreiten das Gerücht, daß die konservative Partei den Ministerrat des Führers der Opposition im Oberhaus, Lord Lansdowne, herbei zu führen suche, weil er sich gegen die Ablehnung der Budgetvorlage sträube. Nach dem „Daily Chronicle“ soll der Earl of Cambor zum Nachfolger Lord Lansdownes angetreten sein.

Baden.

Karlsruhe, 18. September 1909.

Nachmals ein Nachklang zur Affäre Nibel.

Wir haben bereits Notiz genommen von dem Bericht, der in der „Badischen Landeszeitung“ und in fast allen liberalen Blättern über die Schöffengerichtsverhandlung vom 15. dieses Monats in der Privatklage des Hauptlehrers Fuchs in Stodach gegen Chefredakteur Meyer vom „Bad. Beobachter“ enthalten war. Dieser Bericht, der im gleichen Wortlaut in den meisten liberalen Blättern wiederkehrte, sollte offenbar noch ein letztes Nachgeschick gegen Herrn Chefredakteur Meyer und den „Bad. Beobachter“ ausgeübt werden. Nun erhalten wir mit Bezug auf diesen Gerichtsbericht von Herrn Rechtsanwalt Trunk-Karlsruhe, dem Verteidiger des Herrn Chefredakteur Meyer, folgende Erklärung:

Erklärung.

In der Privatklage des Hauptlehrers Fuchs gegen Chefredakteur Meyer ging mit dem Datum vom 15. d. M. ein offenbar von einer Seite aus verbreiteter Bericht über die Schöffengerichtsverhandlung vom 15. d. M. durch die liberale Presse.

Um einen objektiven Bericht über die Gerichtsverhandlung und deren Ergebnis handelt es sich nun aber nicht, sondern um eine durchaus unwahre Stimmungsmache gegen den „Badischen Beobachter“.

Der Bericht wurde zweifelsfrei festgestellt, daß die Notiz des „Badischen Beobachters“ in Nr. 1 vom 2. Januar 1909 wegen Stellungnahme der Lehrerkonferenz in Stodach zum Fall Nibel schon in der Nr. 4 des „Bad. Beobachters“ vom 7. Januar 1909 und der in Nr. 8 vom 12. Januar 1909 aus dem „Stodacher Anzeiger“ abgedruckte Artikel schon in der Nr. 12 vom 16. Januar 1909 im „Bad. Beobachter“ in aller Form widerrufen und richtig gestellt worden ist und zwar mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß dem Herrn Hauptlehrer Fuchs unrecht getan worden sei; der „Bad. Beobachter“ und der „Stodacher Anzeiger“ seien mit den Mitteilungen getäuscht worden.

Das hat das Gericht schon bei den Vergleichs-

verhandlungen anerkannt und es hat deshalb dem Kläger den vom Beklagten in lobalster Weise angebotenen Vergleich angetragen. Das Gericht hat das auch im Urteil anerkannt und keineswegs das festgestellt, was der Gerichtsbericht in der liberalen Presse vorbringt.

Der „Badische Beobachter“ mußte sich aus keinemwegs „ungeahnte Wahrheiten“ wegen seiner Kampfweise von Vertretern des Privatklägers sagen lassen; der Versuch dazu, und zwar darin, daß der „Bad. Beob.“ den Privatkläger schon im Jahre 1906 wegen seiner Agitation in Versammlungen und Zeitungen angegriffen habe, wurde mit der Feststellung pariert, daß der Privatkläger in scharfer Weise gegen das Zentrum in Versammlungen und Zeitungen agitiert hätte, und der Versuch dazu, darin, daß der „Bad. Beob.“ im Jahre 1906 den Privatkläger wegen „angeblicher pädagogischer Mißgriffe mit Bezug auf Mädchen“ angegriffen habe, wurde abgewiesen mit der Erklärung, daß der Privatkläger im Jahre 1906 zur Klage aufgeföhrt, damals Klage nicht erhoben hat, und daß der Wahrheitsbeweis angetreten werde, falls diese Sache in die Privatklage herangezogen werde. Der Vertreter des Privatklägers stellte dann dieien Teil seiner Behauptungen nicht unter Beweis. Im übrigen sei festgesetzt, daß ein anwesender erfahrener und angesehener Herr aus dem Wolllager wegen der „ungeahnten Wahrheiten“, die der Vertreter des Privatklägers dem „Badischen Beobachter“ geföhrt haben soll, zu der sofortigen Abweisung veranlaßt wurde: „er sei darüber zum Zentrumsman geworden und bitte um Abmildung bei allen irgendwie bestehenden Zentrumsorganisationen“.

Das im Interesse meines zurzeit abwesenden Klienten, notgedrungen zur Abwehr der verwerflichen Art von Berichterstattung, wie sie in dem Gerichtsbericht in der liberalen Presse zu der fraglichen Privatklage enthalten ist.

Die liberale Presse ist mit diesem Bericht nicht minder getäuscht worden, wie I. Z. der „Badische Beobachter“.

Karlsruhe, 17. September 1909.

Trunk, Rechtsanwalt.

Wenn nun bei dieser Gelegenheit für Herrn Hauptlehrer Fuchs unangenehme Dinge ans Tageslicht gezogen worden sind, über die er bereits Gras gewachsen glaubte und die wir nicht weiter beröhrt hätten, wenn man uns nicht förmlich dazu gezwungen hätte durch die unwahre Stimmungsmache in der liberalen Presse, so mag er sich beim Herrn bedenken, der ihm einen Evidenzdienst zu leisten glaube mit seiner unwarren Berichterstattung. Wir dürfen übrigens kaum erwarten, daß die „Badische Landeszeitung“ und die übrige liberale Presse so ehrlich sein wird, auch von dieser Erklärung des Herrn Rechtsanwalts Trunk Notiz zu nehmen; denn im allgemeinen ist sie dazu viel zu feig der Wahrheit gegenüber.

Starkstraße, 17. Sept. Die badischen Staats-eisenbahnen vereinbarten im August 1909 9.161.640 Mark. Der Güterverkehr hat gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme von 187.789 M. der Personenverkehr eine solche von 30.492 Mark erfahren, während die Einnahmen aus sonstigen Quellen um 374.425 M. zurückgeblieben sind. Von Januar bis mit August betragen die Einnahmen 64.782.940 M. (gegen 1908 mehr 738.433 Mark).

Kandidaturen.

— Pforzheim, 16. Sept. Die freisinnige Partei hat nunmehr ihre Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen aufgestellt und zwar für den 1. Bezirk (Nordstahl), Herrn Bjuuterierlehrer Odenwald, für den 2. Bezirk (Städtstadt) Herrn Rechtsanwalt Dr. Trautwein.

Wollschneiderverben!

Nachdem die Neuwahlkommission auf dem Leipziger Parteitag so unerbötliches Säbweingeläch gehabt haben, daß der bereits angenommene Antrag der Radikalen, wonach es ein „b l u t i g e r S o h n“ sei mit „diesem“ Liberalismus gemeinsame Sache zu machen, nachträglich wieder abgelehnt wurde, besteht ja für die Sozialdemokraten auch noch dieser Wichtung hin kein Hindernis — es hat offenbar niemals eines bestanden, sondern sogar eine Aufmunterung, offiziell vom Parteitag durch Mehrheitsbeschluss abgestempelt, sich diesem Liberalismus, der, wenn er die Macht dazu gehabt hätte, dem Volke noch viel größere und härtere Steuerlasten aufgebürdet hätte, an den Hals zu werfen und anzurufen: lieber Arthur komm zurück! Das Netz ist noch so warm wie 1906! Aber der Herr Arthur Liberal versteht sich auf die Behandlung des roten Liebes, er weiß, wenn er sich ihm jetzt ergibt, dann könnten bis zur Wahl am 21. Oktober die Füllwörter schon wieder vorüber sein und das rote Liebes wieder mit dem Hochloft drohen, wenn der Herr Arthur nicht sogleich Holz herbeibringen will, um das Feuer der roten Schönen zu jähren. Es soll ja keine Liebes-, sondern nur eine Verstandesheirat werden; denn die Liebe der roten Noja ist ein stadiges Ding, und was würden auch die Leute sagen, wenn Herr Arthur jetzt schon ganz ohne Not sich von seinem roten Liebes heimlich ließe: im Wahlkampf versteht man ja so etwas viel eher! Darum gebude dich noch, rotes Liebes, es wird sich alles finden nach dem berühmten Vers:

Glamiere mich nicht mein schönes Kind,
Wenn wir gesöhnt unter der Linden,
Wenn wir erst zu Hause sind,
Wird sich alles finden.

Aber der Herr Arthur kann es doch nicht lassen, verflöchte Blicke nach der roten Noja zu werfen, damit sie trotz seiner Sprödigkeit nicht meine, es liegt ihm gar nichts an ihr.

So hat denn in einer K o r r e s p o n d e n z - V e r s a m m l u n g in Karlsruhe der liberale Oberamtsrichter K e n n e r sich in diesem Sinne geäußert. Der „Bad. Landesbote“ Nr. 215 berichtet darüber:

Herr Oberamtsrichter K e n n e r (jungl.) bekämpfte ebenfalls sehr energisch die Politik des Zentrums und auch er verlangte für die Stichwahlen, dort wo es gelte, den schwarz-blauen Wollschneidern, ein laktisches Zusammengehen des Liberalismus mit der Sozialdemokratie.

Es wird schon kommen! Nur Geduld! Aber das rote Liebes kann und will nicht warten. Mit stürmischer Ungeduld macht es den lieben Arthur aufmerksam auf sein löcheriges Gewand und seine schlechte Gesundheit und sagt zu ihm: Komm doch herein in die gute Stube! Aber er will immer noch nicht. Da zieht das Liebes schärfere Saiten auf und ruft ihm — der „Volksfreund“ schreibt nämlich so in Nr. 215 — mit drohender Faust zu:

„Während alle Zeichen auf Nieder- und Untergang der nationalliberalen Partei deuten, kommt die führende nationalliberale Presse und proklamiert hochtönend auf neue den Kampf nach zwei Fronten“ und zwar dergestalt, daß man die Partei, ohne deren Unterföhung der ganze Liberalismus politisch ohnmächtig ist, als quantität negligible behandeln will, die eigentlich nur gut genug ist, um den Nationalliberalen bei den Stichwahlen aus der Patzche zu helfen.

Wir wollen den Nationalliberalen keine guten Ratschläge erteilen, sondern das erfahrungsgemäß auch nichts nützt. Aber das sei der „Bad. Landeszeitung“, die in den letzten Tagen durch das Gesöhrt der reaktionären Presse offenbar wieder nebens geworden ist und höchlich wieder das „rote Liebes“ jähren, bemerkt, daß wir dem Kampf nach zwei Fronten, so wie er neuerdings für notwendig gehalten wird, mit größter Seelenruhe entgegensehen. Wir stehen bereit und unsere Truppen warten nur, bis das Signal gegeben wird. Wenn die Nationalliberalen totlicher an die Wand gedrückt werden wollen, dann sollen sie nur die Taktik des Mannheimer „Generalanzeiger“ und des „Schwäbischen Merkur“ befolgen. Vielleicht — der Gedanke wurde auch schon von linksliberaler Seite ausgesprochen — ist dieser Weg der kürzeste, um in Baden und in Deutschland endlich zu einem klaren politischen Gesöhtsfeld zu kommen.

Man sieht, das rote Liebes kann auch Krallen zeigen. Das lautet ganz anders als vor Wochen, wo der „Volksfreund“ noch in Aufregung geriet, wenn man ihm Großföhrlichkeiten zuzugießt! Ja, ja, die Zeit bringt alles!

Zur Kandidatur Trautmann.

Der „Sapad. Merkur“ Nr. 430 vom 16. d. M. meldet aus Karlsruhe:

Die Abweisung des Meisters Trautmann in der Dienstagsversammlung, er werde die Konsequenzen der Erklärung ziehen, ist allgemein so verstanden worden, daß Trautmann auf seine Mittelstands-kandidatur in der Städtstadt verzichtet. Wie nun aus guter Quelle verlautet, ist dies nicht richtig, sondern Trautmann hält seine Kandidatur aufrecht und bekennt erst nach deren Ausfall die Konsequenzen zu ziehen.“

In den linksliberalen Blättern veröffentlichten Dr. Heimburger und S. Jüng folgende Erklärung:

„Wie uns mitgeteilt wird, wurde in der gestrigen erweiterten Ausschussung des Verbandes badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine die Behauptung aufgestellt, wir hätten erklärt, unsere Partei wolle gegen Herrn K o l b seine erfolgsversprechende Kandidatur aufstellen. Daraus wurde dann geföhrt, die Kandidatur unseres Parteifreundes G e r m a n n sei nicht ernst gemeint. Die Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben erklärt, wir wollten uns nicht vom Zentrum eine Kandidatur aufdrängen lassen, um so dessen Hilfe zur Erwerbung des Städtischen Mandats zu gewinnen. Die Kandidatur G e r m a n n ist von uns, wie von ganzen demokratischen Verein, durchaus ernst gemeint, und wir werden mit allen politischen und moralischen einwandfreien Mitteln darauf hinarbeiten, ihn einen Erfolg zu sichern. Für ein einwandfreies Mittel konnten wir aber den Vorschlag jener drei Herren nicht annehmen, die sich — wie sich jetzt herausstellt mit Unrecht — als Kommission des Verbandes der badischen Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine einschleichen, hinter deren Vorzeichen wir aber sofort die Mandatschaften dem Zentrum Angehöriger und anderer reaktionärer Elemente erlaumen.“

Das Zentrum hat niemanden eine Kandidatur aufgeföhrt! Das könnten auch die Herren vom demokratischen Verein wissen. Wenn sie anderes hier behaupten, so ist das ein Zeiden, wie sie es mit der Wahrschöftigkeit halten. Auch der „Landesbote“ sucht fort und fort Herrn Trautmann mit dem Zentrum in Zusammenhang zu bringen, immer auf Kosten der Wahrheit und Wahrschöftigkeit. Herr Trautmann hat weder nach seiner Begrüßung noch sonst irgend etwas mit dem Zentrum zu tun. Aber selbst der Umstand, daß wir gleichzeitig mit dem „Landesboten“ über die Beamtenversammlung berichten konnten, muß dazu befehlen, um Herrn Trautmann als Zentrums-kandidaten zu bedächtigen. Die journalistische Ungezogenheit des „Landesboten“ schreit auch vor weiteren offenkundigen Klagen nicht zurück. Der „Landesbote“ schreibt in Nr. 217:

Herr Trautmann hat mit dem — wofin doch die Wege führen? — „Bad. Beobachter“ zu seinem Frauenorgan gemacht und dort einen Brief veröffentlicht. Diesen Brief hatte er an den demokratischen Verein gerichtet, als er von Partei wegen aufgeföhrt worden war, sich zur Aufstellung seiner Kandidatur zu äußern.“

Unsere Leser wissen, daß der Brief in einem Artikel enthalten war, den wir dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“ einnahmen unter vollständiger deutlicher Angabe der Quelle. Das hätte auch der „Landesbote“ sehen können. Nun kommt er und läßt ganz unverdächtig, Herr Trautmann habe den „Badischen Beobachter“ zu seinem Frauenorgan gemacht und ihm einen Brief zur Veröffentlichung gegeben. Kann man der Wahrheit frecher ins Gesicht schlagen, als es hier geschieht ist? Die derzeitige Redaktion des „Bad. Beob.“ kennt Herrn Trautmann lediglich dem Namen nach, wie ihn auch die Zeitungsleser kennen, nicht weiter. Von einer Korrespondenz oder gar persönlichen Verkehr direkt oder indirekt durch Mittelspersonen kann absolut keine Rede sein. Aber ohne das Hilfsmittel der Lüge scheint die Demokratie schon von vornherein bezweifeln müssen. Die Lüge hat aber kurze Beine und wird sie nicht weit bringen.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns noch geschrieben: „Die betrübten Lohgerber“ unter dieser Epithete bringt der „Bad. Landesbote“ in seiner Nr. 217 einen Artikel, der sich mit der Mittelstands-kandidatur Trautmann in der Städtstadt Karlsruhe beschäftigt. Schon die Ueberschrift, die einen äußerst ausgeprägten politischen Anstand erkennen läßt, zeigt, auf welchem Niveau sich der nachfolgende Artikel bewegen wird. Es genügt dem Artikelföhrer vollständig, aus all den Begebenheiten, die mit der Kandidatur Trautmann in Zusammenhang stehen, herauszugreifen, die sich nach seiner politischen Moral unter Anwendung von allerlei Verdrehungsfunktionen dazu eignen, Herrn Trautmann in der Öffentlichkeit herunterzureihen.

Um den Kern der Sache, d. i. die Verantwortung der Frage, weshalb Herr Trautmann die ihm angetragene Mittelstands-kandidatur angenommen hat, geht er herum, wie der „Volksfreund“ sich ausdrückt, wie die Käse um den heißen Brei.

Es ist und bleibt trotz aller Reueingewandte Tatsache, daß die Kandidatur G e r m a n n in der Städtstadt keine ernste, sondern nur eine vorgeschobene ist, um dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei sicher zum Siege zu verhelfen.

Dies hat Herr G e r m a n n in der Eisenbahner-versammlung am 14. d. M. auch unumwunden

zu gegeben, indem er sagte: „Es mag sein, wie es will, der Abgeordnete K o l b hat es nicht verdient, ihn auf diese Weise aus der Städtstadt hinauszuföhren.“

Kommentar überflüssig! Dies im forellen Schreiftubendebüch zur vorläufigen Kenntnisnahme des Artikelföhrers im „Bad. Landesboten“.

„Eine nationale Tat!“

Am letzten Sonntag fand in St. Georgen im Schwarzwald eine von der konservativen Partei einberufene Versammlung „der Anhänger und Freunde der Kandidatur Staiger“ statt, in der sich auch der Parteiföhrer Rechtspraktikant Billing einfind, obwohl er kaum zu den Anhängern und „Freunden der Kandidatur Staiger“ zählen dürfte. Er erhielt auch in der Diskussion das Wort und rief das neueste Steckbrief der Nationalliberalen nach Obföhrers Müller: Die Schul- und Ordnungsreform; auch an die Reichsfinanzreform kam er. Die „Reichspost“ Nr. 217 berichtet u. a.:

„Verzoll für unsere Agitation ist der Standpunkt des verantwortlichen Beamten der badischen nationalliberalen Partei zur Reichsfinanzreform: Dr. Billing erklärte nämlich die Ablehnung der Reichsfinanzreform durch die Nationalliberalen als eine vaterländische Tat!“ Herr Schmidt gegenüber von Herr Billing zu, daß er in Weinheim in einer liberalen Versammlung erklärt habe, sie sei eine nationale Tat! Wir haben also hier ein deutliches Beispiel dafür, nach welchen Grundföhren der Liberalismus — wenn es gewissen Herren nach ginge — das Reich regieren möchte! So lange das Zentrum, das doch als Vertreter eines großen Teils unseres Volkes angesehen ist, ausgeföhrt war, wurde die Reichsfinanzreform als vaterländische, nationale Tat gepriesen, eine großartige Steuerbegünstigung macht sich bemerkbar, Steuergeld war in Gülle und Fülle vorhanden, als aber die Liberalen durch eigene Schuld, von Einbildung verblendet, sich als Kern des Reichstagsabföhres föhrend und dann sehend, daß es auch ohne sie ginge, sich in den Schmollwulst stellten, entfachten sie eine wütende Hege gegen die Mehrheitspartei, die dieselben (bei den indirekten Steuern sogar 80 Millionen weniger) Steuerlunen bewilligten als die Liberalen zu bewilligen föhlich verweigert hätten. Nur das Parteinteresse ist bei gewissen Nationalliberalen maßgebend! Wäre die Reichsfinanzreform nicht gekommen, so hätte sich das Schuldenlast des Reiches bis zum nächsten Jahre um etwa 200 Millionen vermehrt! Aber das föhrt den Parteiföhrer der badischen Nationalliberalen nicht: Die Ablehnung der Reichsfinanzreform ist eine „nationale“, eine vaterländische Tat! ... Wie sehr dem neuen Großföhrer von Liberalen und Sozialdemokraten vorgebeugt wird, konnte man aus dem verständnisvollen Zusammenwirken von Liberalen und Sozialdemokraten beobachten.“

Wozu doch das Wort „nationale Tat“ mißbraucht werden kann! Im Jahre 1905 hat die „Konstanzer Zeitung“ das Bündnis der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie als eine „nationale“ bzw. vaterländische Tat gepriesen; jetzt erklärt der nationalliberale Parteiföhrer Billing bereits die Ablehnung der für das Reich so notwendigen Steuermittel, deren Bewilligung noch vor wenigen Monaten noch als die wichtigste nationale Tat gepriesen wurde in den großen und kleinen liberalen Blättern. Wenn den Liberalen bei diesen Clonnyprüngen, die ihnen von ihren Führern zugemutet werden, nicht schwindelig wird, dann können wir ihnen nur gratulieren zu ihrer unerschütterlichen Konstitution.

Herr Billing hat übrigens unmittelbar anschließend an obige Versammlung sofort eine nationalliberale Versammlung eröffnet. Die konservativen verließen den Saal und Herr Billing konnte ungeböhrt den Nationalliberalen und Sozialdemokraten seine Weisheit vortragen. Wir meinen, das ist nicht die richtige Art, Politik zu treiben, daß man in gegnerischen Versammlungen, zu denen man nicht eingeladen ist, geht, dort das Wort verfannt und schließlich selbst eine Versammlung etabliert. Den Sozialdemokraten würden wir solche Rintpraktiken verzeihen, nicht aber einem nationalliberalen Rechtspraktikanten!

„Der Waldwiesel und unser Flugblatt.“

Unter dieser wiederholenden Ueberschrift findet man im „Volksfreund“ Nr. 216 aus der Feder des bekannten Freiburger Korrespondenten einen Artikel, der ein erneuter Beweis ist für die noch bekanntere Ueberhebung des Verfassers. Wir haben nicht die Absicht, die 32 Zeilen ausführlich zu behandeln; Nebenarten, die in jeder sozialdemokratischen Versammlung, in jedem Flugblatt mehr oder minder denagogisch aufgepörrt erscheinen, widerlegt man nur e i n m a l und das ist auch bezüglich der neuesten Leistungen des Freiburger Genossen geschehen. Nur eines sei herabgeboten, um zu zeigen, wie „Gewissenhaft“ die Genossen bei ihren Behauptungen zu Werke gehen. Der Herr Verfasser kommt mit der auch in allen im Oberland abgehaltenen Versammlungen aufgeföhrt Behauptung, im Flugblatt des Volksvereins über die Reichsfinanzreform seien die größten Fälschungen enthalten. Kein Zentrumsblatt habe auf den diesbezüglichen Angriff im „Volksfreund“ geantwortet. Um was es sich eigentlich handelt, ist nicht gesagt; wir vermuten aber, daß es sich um die im „Volksfreund“ vom 5. August aufgeföhrt Flugblatt dreht, im Volksvereinsflugblatt sei bei den Verfassern alles zusammengezählt, was in Staat und Gemeinde und Reich bezöhrt werde, während bei der Aufzählung der indirekten Steuern nur diejenigen angegeben seien, die von dem Einzelstaaten und den Gemeinden erhoben werden, seien weggelassen. Ist unsere Vermutung richtig, dann beweist der „Volksfreund“-Korrespondent mit seiner neuerlichen Behauptung lediglich, daß er zwar großföhrig schreiben kann, kein Zentrumsblatt hat geantwortet“; daß er aber die Zentrumspresse offenbar nicht in dem Umfange liebt, der ihn zu dieser allgemeinen Behauptung berechtigen würde. Denn in seiner Nr. 191 vom 24. August hat der „Beobachter“ durchaus schöftig v o l l s t ä n d i g z u t r e f f e n d f i n d e t, daß die gegenföhrtige Behauptung der Genossen dagegen auf ganz oberflöhrlichem Lejen und Verfehlen beruht. Wir wollen nun sehen, ob der schriftföhrende Genosse „noch etwas politisches Anstand und Ehrlichkeit“ besitzt, seine falsche Behauptung widerrufen und diese Balge aus seinem Repertoire herausnimmt. Tut er es nicht, so wäre das ein sehr bezeichnendes Verhalten! Der „Volksfreund“ hat übrigens von den Feststellungen des „Bad. Beobachters“ nie Notiz genommen. Es ist darum kein Wunder, wenn die Genossen weiter mit dem alten Schwindel hantieren gegen!

S. MODEL

HOF LIEFERANT

Geogr. 1836

Karlsruhe i. B.

Erstes u. ältestes Modenhaus der Residenz.

Telephon No. 6

Spezial-Abteilung für

Kleiderstoffe und Seidenstoffe

Die letzten Neuheiten, sowohl in einfarbigen und gemusterten Kleiderstoffen, als auch in Seidenstoffen, Velvets etc. sind in reicher Auswahl am Lager eingetroffen und stehen Mustersendungen zur Verfügung.

Modifarben: Lila — Taupe — Erika.

Dr. L. UHRIG

Amalienstrasse 25 a
ist zurückgekehrt.

FRIEDRICH BLOS

Grossherzoglicher Hoflieferant
Hoflieferant J. M. der Königin von Schweden
F. Wolff & Sohn's Détail-Parfümerie
Kaiserstrasse 104 — Karlsruhe — Ecke der Herrenstr.
Fernsprech-Anschluss Nr 213
empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:
Moderne Schmuck-Gegenstände, Fächer jeder Art.
Feine kunstgewerbliche Gegenstände.
Fantasie-Möbel, Luxus- und Galanterie-Waren.
Reise-, Leder-, Bronze-, Haushalt-Artikel.
Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Holz-, Glas-Waren etc.
Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

Badische Pferde- Versicherungsanstalt a. G.

zu Karlsruhe.
Versicherung gegen Verluste aus Tod, Cötungsnotwendigkeit,
sowie Minderwert von Pferden.
Entschädigung bei Todesfall 80%, bei Cötung und Minderwert 70% des Versicherungswertes (Erlös aus dem Pferd zu Gunsten der Anstalt).
Gute, finanzielle Lage der Anstalt.
Prospekte, Rechenschaftsberichte etc. durch die
Direktion in Karlsruhe und die Vertreter der Anstalt.

Prima Rotwein

garantiert rein
per Liter von 48 Pfennig an,
empfiehlt die
Spanische Weinhandlung
Magin Mayner & Co.
in ihren Filialen:
Rüppurrerstr. 14. Lessingstr. 29. Rheinstr. 45.
Durlacherstr. 38. Schillerstr. 23. Durl. Hauptstr. 51.
Pforzheim, Bruchsal, Baden-Baden und Heidelberg.

Städt. Bierordtbad. Große Schwimmhalle.

Geöffnet vormittags 1/8 - 1 Uhr u. nachmittags 1/3 - 8 Uhr. Samstags bis 1/10 Uhr.
Kassenschluss jeweils 1/2 Stunde vorher. — Für Abonnenten morgens 1/2 Stunde früher geöffnet.
Für Damen vorbehalten jeden Werktag, vormittags 9-11 Uhr und nachmittags 1/3-1/5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags.
Ferner Freitags abends von 6 Uhr ab zu ermäßigtem Preis.
Für Herren alle übrige Zeit und Sonntags vormittags sowie zu ermäßigtem Preise von 20 Pfg. mit Auskleidegelle und 10 Pfg. ohne Auskleidegelle.
Mittwochs abends von 6 Uhr, Samstags abends von 5 Uhr an.

Transmissions-Abgabe.

Eine noch im Betrieb befindliche Transmission von 60 Meter Länge, 50 mm Durchmesser, sowie 50 Stück Nieten- bzw. Stufenscheiben verschiedener Dimensionen und 50 Hänge-Lagerböde sind alsbald abzugeben.
Reflektanten steht die Besichtigung in unserer Druckerei zu jeder Tageszeit frei.
Die Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters“ in Karlsruhe Adlerstrasse 42.

Hôtel und Restaurant „Friedrichshof“

(Direktion: G. Münzer).

Montag und Dienstag jeweils abends 8 Uhr:
Zweimaliges Gastspiel der vollen
Ungar. Kurkapelle aus Baden-Baden
unter Leitung des Kapellmeisters Lakatos Dani.
Eintritt frei!

Die Kapelle spielt im Gartensaal und werden Plätze auf Wunsch reserviert. ::



Die Firma
H. Maurer, Großh. Hof.
Piano- und Harmonium-
Magazin,
Karlsruhe, Friedrichsplatz 5
unterhält in der Preisliste
von 550 — 750 Mk.
eine Auswahl Pianinos,
welche in bezug auf Qualität und
Preiswürdigkeit unübertroffen sind.
Besichtigung meiner Magazine
ohne Kaufzwang erbeten.

Aus der Sommerfrische zurückgekehrt

wird Ihnen Mäntel fehlen. Denken Sie bitte bei Bedarf in:
Damen- und Herrenwäsche, Schuhwerk
(bes. Kinderschulstiefeln),
Ref.-Korsetts, Leibchen etc., ferner in Lebensmitteln an das
Reformhaus, Kaiserstrasse 40. (Tel. 2742.)

V. Pfeuffer ♦ Mannheim

Telephon 4492. Inh. Alfred Moch. E 5, 5 vis-à-vis der Börse
Kassenschränke
Tabernakelschränke, Opferstücke u. Kassetten.
Vollendetste neuzeitliche Konstruktionen.

Sofort ein warmes Zimmer

Die besten
PETROLEUM-
HEIZÖFEN
einzig bewährt
in verschiedenen
Größen und
Ausstattungen
GARANTIERTE
GERUCHLOS
sehr billig
bronnend,
leicht
transportabel
empfiehlt
OTTO BÜTTNER
Karlsruhe
Kaiserstr. 158 Ecke Douglas-
str. Rabatmarken.

Köchinnen,
Mädchen für alles,
Zimmer- und Kindermädchen,
für den Privathaushalt für sofort
und 1. Oktober;
Restaurationsköchinnen,
Küchenmädchen,
Kellnerinnen, bessere und einfache,
auch Anstaltspersonal für sofort
geheut und vermittelt völlig un-
entgeltlich
Städt. Arbeitsamt
Weiblicher Arbeitsnachweis.
Zähringerstrasse 100.
Telephon 629.
Geschäftszeit von 8-12 1/2 u. 2-7 Uhr.
Anfängern wird gründlicher
Klavier-
Unterricht
erteilt. Die Stunde 60 Pfg.
Hirschstrasse 46, 4. St.

Sedersche Festtagsbandung zu Freiburg im Breisgau.

Die Zeitschrift „Die katholischen Missionen“ sollte in keinem Hause fehlen. Sie ist das einzige deutsche Missionsblatt, das die gesamte Missionsstätigkeit auf der ganzen Erde umfasst, und enthält, unterstützt von reichstem Bilderreichtum, eine Fülle von Wissenswerten, insbesondere auch aus den Gebieten der Geographie, Ethnographie, Kulturgeschichte, Sitten- und Sprachkunde. Ein Missionar in China nennt sie die allgemeinste, zuverlässigste, autoritativste und endlich eine wahrhaft apostolische Zeitschrift. Dabei ist der Preis sehr billig.

„Die katholischen Missionen“

die jetzt in schönerer Ausstattung bei größerem Umfang erscheinen, umfassen jährlich 12 Hefen mit zweimonatlicher Beilage für die Jugend zu nur M 5.— (R 6.—). Bestellungen nehmen die Unterzeichneten entgegen. Der Jahrgang läuft von Oktober zu Oktober.
Empfohlen von mehr als 60 hochwürdigsten Kirchenfürsten.
Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt.
Karlsruhe, Herrenstrasse 34. Sedersche Buchhandlung.
Gaubersbischofsheim. F. A. Böttcher'sche Buchhandlung.

Strassburger Höhere Bildungsanstalt

(eh. Volkshochschule Bartholdy) Regenbogengasse 10.
Einjähr., Prima, Abitur., Assistent., Sekret.
Tag- und Abendkurse. Mit und ohne Pension.
Prospekt gratis.
Im letzten Schuljahr bestanden von 47 Kandidaten 46.
Eintritt jederzeit. Wintersemester 1. Oktober. Dir. Reiff.

Höhere Handelsschule Calw

im württ. Schwarzwald.
Pensionat.
Institut I. Ranges für Handelswissenschaften.
Sechsmontliche Fachkurse.
Akademische, Prakt. Übungskontor.
Sechsklassige Realschule. Vorbereitung für das Einjähr.-Examen.
Ausländerkurse. Neuerbaute Waldschule.
Gegründet 1876. — Bitte genaue Adresse.
Prospekte durch Direktor Weber.
Neuaufnahme 6. Oktober 1909.

Grab-Denkmalere.

Mein reichhaltiges Lager an einfachen und Gruppen-Denkmalere bietet jedermann Gelegenheit, seinen Bedarf auf
Allerheiligen
bei mir zu decken. Lieferungen nach auswärts werden prompt besorgt.
Aug. Braun, Bildhauer.
Karlshöhe, Karl-Wilhelmstrasse 23, Telephon 743.
Gebäftsstellen: Beiertheim, Marie-Alexandrastrasse 14, Telephon 2774.

Privat-Tanzlehr-Institut

Hermann Vollrath, Karlsruhe,
235 Kaiserstrasse 235.
Einzel-Unterricht. — Nachmittags- und Abend-Kurse.
Gefl. Anmeldungen erbeten.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe,

Zähringerstr. 100. Telephon Nr. 629.
Geschäftszeit von 8-12 1/2 und 2-7 Uhr
wöchentlich.
Männlicher Arbeitsnachweis: — Weiblicher Arbeitsnachweis:
Vermittlung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte jeder Art, auch für den Haushalt.
Besondere Abteilung für Vermittlung, Wohnungsnachweis:
Vermittlung freier Wohnungen und Geschäftstellen.
Rechtsanwaltsstelle:
Sprechstunden von 9-11 und 3-7 Uhr
wöchentlich.
Unentgeltlicher Rat und Auskunft an Minderbemittelte über Rechtsangelegenheiten jeder Art, insbesondere im Gebiet des Arbeits- und Dienstvertrags und der Versicherungsangelegenheiten (Krankens-, Unfall- und Invaliden-Versicherung).
Die Arbeits- und Wohnungsvermittlung sowie die Rechtsankunft wird völlig kostenlos erteilt.
Städt. Arbeitsamt.

Sie

Verlangen
ein Probeheft
der katholischen Welt
dem Verlag der Kongregation der
Pallottiner (Lahn).
Divan.
Neue hoch. Kamelischendivan mit
Kopfbau von 45, 50, 60 Mark an,
schöne Stoffdivan 33 Mk. Große Aus-
wahl, und nur gute, solide, selbstange-
fertigte Arbeit unter Garantie. Rein Baden,
daher billige Preise.
R. Köhler, Tapezier,
Schützenstrasse 53 II.